BSW RATSBLATT
der BSW-Gruppe im Rat der Stadt Dortmund

POLITISCHE WERBUNG
Ausgabe 1 · Oktober 2026
Dortmund

KASSE LEER: ZWEITE HAUSHALTSSPERRE IN EINEM JAHR

151 Mio. €
schlechter als geplant: Prognose für 2026

Seit dem 1. Oktober darf Dortmund nur noch ausgeben, was sein muss. Die Rücklage ist noch in diesem Jahr aufgebraucht.

HAUSHALT DER STADT

Seit dem 1. Oktober gilt in Dortmund eine Haushaltssperre. Bis Jahresende dürfen die Ämter nur noch Geld ausgeben, wenn die Stadt dazu verpflichtet ist oder wenn es nicht warten kann. Neue freiwillige Leistungen sind nicht erlaubt. Personal ist ausgenommen.

Der Grund: Nach der Prognose vom September schließt 2026 um **151,3 Millionen Euro** schlechter ab als geplant. Die Ausgleichsrücklage von 123,2 Millionen ist damit noch in diesem Jahr weg. Weitere 82,9 Millionen müssten aus der allgemeinen Rücklage kommen. Damit wäre eine Grenze der Gemeindeordnung um 4,4 Millionen überschritten. Weil die Planung auch für 2027 darüber liegt, wären die Voraussetzungen für ein **Haushaltssicherungskonzept** erfüllt.

Im Dezember klang das noch anders. Der damalige Kämmerer sagte im Rat, die Stadt gehe „nicht in die Haushaltssicherung“; der Sparbedarf „rechtfertige keine Panik“. Schon im Januar kam die erste Sperre.

Für uns ist klar: Bund und Land lassen die Städte mit ihren Lasten zu sehr allein. **Aber wer von anderen Sparsamkeit verlangt, muss bei sich selbst anfangen** – auch im Rat.

Was heißt das für dich?

Muss eine Stadt ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, entscheidet sie nicht mehr allein: Die Bezirksregierung muss das Konzept genehmigen. Freiwillige Leistungen – Bäder, Büchereien, Vereinsförderung, Kultur – kommen auf den Prüfstand, Gebühren und Steuern werden überprüft.

Ein Beispiel gibt es schon: Die Wochenmärkte machen ein Defizit von zuletzt 421.692 Euro im Jahr. Die Verwaltung will die Standgebühren deshalb 2027 und 2028 um je 25 Prozent erhöhen. **Mehr auf Seite 2.**

Foto: Helmut_Kroiss / Pixabay

Haushaltssicherung: § 76 GO NRW.
Wochenmärkte: Vorlage 00002-25, Variante 1.

SPAREN FÄNGT BEI UNS SELBST AN.

BEI UNS SELBST ANFANGEN

Nein zu höheren Vergütungen und Info-Reisen

Im Dezember hat die Ratsmehrheit die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder städtischer Gesellschaften erhöht. Wir haben dagegen gestimmt. Bei dieser Finanzlage muss die Politik bei sich selbst mit dem Sparen beginnen.

Auch hier muss gespart werden: Info-Fahrten der 14 Ratsausschüsse mit Zielen wie Paris, Hamburg, Berlin und Luxemburg lehnen wir entschieden ab. In Zeiten leerer Kassen und Haushaltssperren sind diese Reisen, die mit 400 Euro pro Person bezuschusst werden, völlig unangemessen.

Niederschrift Rat 18.12.2025, S. 54 (Vorlage 00308-25); Vorlage 03233-26 mit Anlage 1 (Rat 01.10.2026).

352,7 Mio. € Fehlbetrag 2025 – geplant waren 335,1 Mio.

123,2 Mio. € Ausgleichsrücklage: Ende 2026 aufgebraucht

2 Sperren Januar bis März und seit 1. Oktober 2026

Seite 2
Ein Jahr, zwei Sperren – und was wir dazu sagen

Seite 3
Bauturbo: Ja für Wohnungen, Nein für Militär

Seite 4
Aus Rat und Bezirken – und wer wir sind

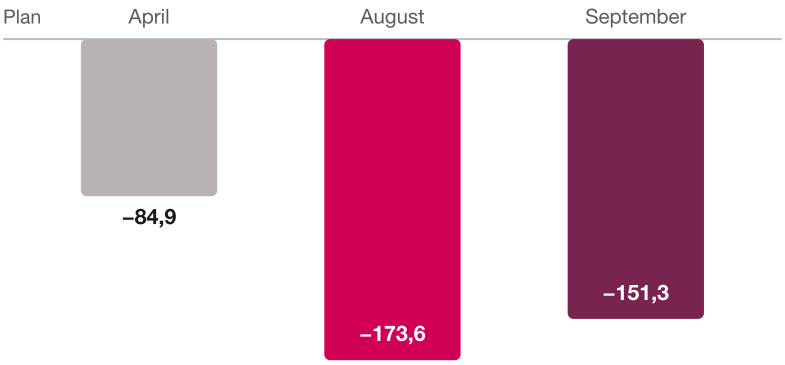
Quellen Seite 1: Vorlage 03446-26 der Stadtkämmerei vom 29.09.2026 mit Schreiben vom 25.09.2026 (Rat 01.10.2026); Jahresabschluss 2025 (Rat 28.05.2026); Niederschrift Rat 18.12.2025, S. 50 und 55 (Kämmerer, indirekte Rede).

Politische Werbung. Sponsor: BSW-Gruppe im Rat der Stadt Dortmund. Transparenzbekanntmachung: **dortmund.ratsblatt.de/transparenz/2026-001**

DIE ZAHLEN

EIN JAHR, ZWEI SPERREN

Jeden Monat schätzt die Kämmerei, wie das Jahr ausgeht. 2026 lag jede Schätzung unter dem Plan. Auch das Sparziel vom März hat nicht gereicht.



Abweichung vom geplanten Ergebnis 2026 in Mio. € je Prognose. Quelle: Schreiben von OB und Kämmerer vom 25.09.2026, Anlage zur Vorlage 03446-26, S. 1–2.

13.01.	Erste Haushaltssperre.
10.03.	Aufgehoben: Die Rücklage war Anfang 2026 höher als gedacht.
17.03.	Die Ämter sollen zusammen 50 Mio. € einsparen.
25.09.	Zweite Sperre angeordnet, gültig ab 1. Oktober.
Ende 2026	**Die Ausgleichsrücklage ist aufgebraucht.**

WOCHENMÄRKTE

Die Händler sollen das Loch stopfen

Seit 2016 sind die Standgebühren gleich: 1,55 Euro je Quadratmeter und Markttag. Das Defizit wuchs von 296.376 Euro (2022) auf 421.692 Euro (2024); für 2026 erwartet die Verwaltung 666.819 Euro. Volle Deckung hieße: Gebühren fast verdoppeln. Vorgeschlagen sind zweimal 25 Prozent – den Rest von 250.000 Euro im Jahr trägt die Stadt.

Unser Bezirksvertreter **Andreas Esch** hat sich in Brackel klar gegen eine Erhöhung ausgesprochen und dagegen gestimmt. Die Bezirksvertretung wollte wenigstens die kleinen Vorortmärkte schonen. Das ist nach Auskunft des Rechtsamts nicht zulässig.

Entschieden ist noch nichts: Im Rat wurde die neue Gebührensatzung schon mehrfach von der Tagesordnung abgesetzt.

Vorlage 00002-25, S. 5–6; Niederschrift BV Brackel 30.04.2026, S. 10; Antwort 00002-25/9 an die BV Eving, S. 3.

BEI UNS SELBST ANFANGEN

Kein zusätzlicher Ausschuss

Gegen einen zusätzlichen Gleichstellungsausschuss haben wir gestimmt: Wir sahen keine Notwendigkeit für einen weiteren Ausschuss, der zusätzlich Geld kostet.

Reale Gleichstellung braucht konkrete Maßnahmen: verlässliche Kinderbetreuung, gute Schulen, sozialen Wohnungsbau und eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen.

Ulrike Behrendt im Rat, 26.03.2026 (nach der Niederschrift)

Niederschriften Rat 13.11.2025, S. 16–17; 26.03.2026, S. 87.

FAIR GESAGT

Das Loch hat nicht nur die Stadt gegraben

Wer der Stadt Geldverschwendung vorwirft, übersieht den Sanierungsstau. Er ist die Folge jahrelanger Unterinvestition unter Schuldenbremse und „schwarzer Null“. Bund und Land haben Entlastungen angekündigt, aber nur unzureichend umgesetzt.

Deshalb fordern wir, dass Bund und Land sich stärker an der kommunalen Infrastruktur beteiligen. Der Resolution des Rates an Bund und Land zum Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst haben wir deshalb zugestimmt.

Haushaltsrede Ulrike Behrendt, Niederschrift Rat 18.12.2025, S. 50; Resolution ÖGD-Pakt, Niederschrift Rat 26.03.2026, S. 69–70.

SCHULEN

Neue Schulen für Dortmund

Um den steigenden Bedarf an Schulplätzen zu decken, werden zwei Gesamtschulen und ein Gymnasium neu gebaut. Der Rat hat die Neubauten am 1. Oktober beschlossen. Ab 2027/28 gibt es Übergangsstandorte in Wambel und Derne. Im Schulausschuss stimmte Ulrike Behrendt den Bauvorlagen zu. Wiederholt mahnte sie an, dass auch an bestehenden Schulen extremer Mangel an Unterrichts-, Fach- und Betreuungsräumen herrscht.

Schulausschuss 23.09.2026 (vorläufige Niederschrift); Rat 12.02.2026, S. 38.

Geplant, Mio. €	Sek. I	Sek. II	Sporthalle
Gesamtschule Hacheney	–	24,3	18,9
Gymnasium Brackel	70,0	26,5	18,6
Gesamtschule Eving	80,9	20,5	18,6
Übergangsquartiere Wambel und Derne			6,6
zusammen rund			**285**

Stadt Dortmund, dortmund.de, Newsroom Planen & Bauen, 17.09.2026; Ratsbeschluss und Übergangsstandorte: dortmund.de, 02.10.2026.

BAUTURBO

JA FÜR WOHNUNGEN – NEIN FÜR MILITÄR

Der Bund hat 2025 das Baugesetzbuch geändert. Mit dem sogenannten Bauturbo sollen Wohnungen schneller gebaut werden. Das begrüßen wir. Im selben Gesetz steht aber etwas anderes: Militärische Anlagen und Anlagen der Verteidigungsindustrie werden beim Bauen bevorzugt (§§ 37, 37a BauGB).

Genehmigen muss solche Vorhaben die Bezirksregierung Arnsberg im Einvernehmen mit der Stadt. Sagt die Stadt Nein, entscheidet das **Bundesverteidigungsministerium**.

Das letzte Wort hat die Stadt also nicht.

Wir haben im Umweltausschuss beantragt, dass Dortmund solche Vorhaben bei der Anhörung grundsätzlich ablehnt. Die Verwaltung riet ab; der Ausschuss lehnte am 11. März ab, nur Die Linke & Tierschutzpartei stimmten mit uns. Am 26. März beschloss der Rat die Vorlage **allein gegen die Stimmen des BSW**.

Auch in den Bezirksvertretungen haben unsere Vertreter widersprochen.

Antrag 00619-25/5 vom 28.01.2026; Stellungnahme der Verwaltung 00619-25/10; Niederschriften AKUSW 11.03.2026, S. 38–45, Rat 26.03.2026, S. 42–45; BV Brackel 22.01.2026, S. 13; BV Innenstadt-Nord 22.01.2026, S. 11–12; BV Lütgendortmund 17.03.2026, S. 5; BV Huckarde 04.03.2026, S. 13.

> **Wir begrüßen den Bauturbo, weil er den Wohnungsbau beschleunigt. Wir lehnen ab, dass militärische Anlagen privilegiert werden und die Stadt dabei kaum noch mitbestimmen kann.**
>
> Thomas Zweier im Rat, 26.03.2026 (sinngemäß nach der Niederschrift, S. 44–45)

IN DEN BEZIRKEN

Brackel: Andreas Esch stimmt als Einziger dagegen und kündigt „massiven Protest“ an.
Innenstadt-Nord, Lütgendortmund: Nein des BSW.
Huckarde: Marvin J. Novy stimmt mit CDU und Linken dagegen.
Hombruch: Ulrike Behrendt „befürwortet die Landesverteidigung durch die Bundeswehr, nimmt aber nur unter Protest Kenntnis“.

Niederschriften BV Brackel 22.01., Innenstadt-Nord 22.01., Lütgendortmund 17.03. (vorläufig), Huckarde 04.03., Hombruch 20.01.2026.

Foto: kalhh / Pixabay

NACHGEFRAGT

Gibt es Pläne in Dortmund?

Wir haben die Verwaltung gefragt: Gibt es Planungen für Munitionsfabriken, Lager oder andere militärische Anlagen in Dortmund? Sollen Krankenhäuser einbezogen werden? Wie werden Bezirke und Bürger informiert?

Die Antwort: Der Verwaltung liegen „derzeit keine Erkenntnisse“ über solche Planungen vor. Sie will die Gremien informieren, sobald sie davon erfährt – wegen der Sicherheit „ggfs. nur in einer nichtöffentlichen Sitzung“. Eine Einschätzung der Folgen für Sicherheit und Gesundheit hat sie noch nicht vorgenommen.

Wir bleiben dran. Wer in Dortmund wohnt, soll es erfahren, bevor gebaut wird – nicht danach.

Anfrage 00619-25/13 und Antwort 00619-25/14 vom 03.03.2026 (AKUSW 11.03.2026).

STÄDTEPARTNERSCHAFT

Was wird aus der Partnerschaft mit Dura?

Dortmunds Projektpartnerschaft mit Dura im Westjordanland ruht seit 2023. Zum Rat am 1. Oktober haben wir gefragt: Hat Dura um Hilfe gebeten? Was würde eine israelische Besatzung Duras für die Partnerschaft bedeuten? Welche Projekte wurden 2023 gestoppt? Wann und wie soll die Partnerschaft wieder aufleben? Wie sieht die Stadt ihre Partnerschaft mit Netanya in Israel? Und warum erwägt sie angesichts des Vorgehens der israelischen Regierung nicht, auch diese Partnerschaft ruhen zu lassen? **Die Antwort steht noch aus.** Wir berichten.

Anfrage 03340-26 vom 16.09.2026, Rat 01.10.2026, TOP 11.15.

WAS WIR WOLLEN

1 Mitreden vor Ort

Über Anlagen in einer Stadt muss die Stadt mitentscheiden – nicht ein Ministerium in Berlin allein.

2 Öffentlich informieren

Bürger und Bezirksvertretungen erfahren von Planungen, bevor Anträge genehmigt sind.

3 Bauturbo für Wohnungen

Die Erleichterungen sollen dort wirken, wo sie gebraucht werden: bei bezahlbarem Wohnraum.

BÜRGERDIENSTE

Wenn Beschlüsse liegen bleiben

Was die Bezirksvertretungen beschließen, dauert oft lange. Wir wollten wissen, warum, und haben nach dem Personal in den Bezirksverwaltungsstellen gefragt. Je Bezirksvertretung kümmern sich dort **zwei Mitarbeitende** um die Beschlüsse. Ihre Überstunden stiegen 2025 von 1.343 auf **1.634** – im Schnitt 65 je Person. Aus Aplerbeck kam im Februar 2026 eine Gefährdungs- und Überlastungsanzeige.

Umgesetzt werden die meisten Beschlüsse von den Fachämtern, sagt die Verwaltung. Ein Beispiel: In Huckarde hat die Bezirksvertretung im April auf Antrag von CDU und BSW einstimmig beschlossen, Schubrinnen für Fahrräder an den Treppen zum Schulzentrum Kirchlinde zu prüfen. Im Mai stand im Statusbericht: „unbearbeitet“.

Anfrage 01908-26 und Antwort 01908-26/1 (APOD 25.06.2026); Prüfantrag 01769-26, BV Huckarde 29.04.2026, S. 15; Statusbericht 18.05.2026.

SICHERHEIT UND DROGENHILFE

Ordnung ja – aber auch Hilfe

Der Rat hat im Mai ein Paket für mehr Sicherheit beschlossen, darunter mehr Präsenz des Ordnungsdienstes auch in den Außenbezirken. Wir haben zugestimmt – unter Vorbehalt. Ulrike Behrendt begrüßt das Züricher Modell in der Drogenhilfe, hat aber darauf hingewiesen: Wer süchtig ist, wartet heute monatelang auf einen Therapieplatz. Ohne mehr Therapieplätze bleibt jedes Sicherheitskonzept halb.

Niederschrift Rat 28.05.2026, S. 66–77.

NACHGEFRAGT: MÜLL

11.450 Meldungen über wilden Müll

Unser Bezirksvertreter in Huckarde, **Marvin J. Novy**, hat gefragt, was gegen illegale Müllablagerungen hilft. Die Antwort der EDG:

- 2025 kamen über die App der EDG 11.450 Meldungen.
- Der Ermittlungsdienst Abfall hatte 6.150 Einsätze und verschickte 590 Bußgeldbescheide über zusammen 130.000 Euro. Wer Sperrmüll illegal abstellt, zahlt mindestens 500 Euro.
- 2023 gab es einmal kostenlose Sperrmüllabfuhr: 6.000 Tonnen, davon 1.000 Tonnen kein Sperrmüll, Kosten rund 3 Millionen Euro. Die wilden Ablagerungen gingen nicht zurück. Wiederholen will die EDG das nicht.
- Prämien für Hinweise auf Müllsünder seien auch in Unna nicht bekannt; dafür fehle die Rechtsgrundlage.

Anfrage 01705-26, BV Huckarde 29.04.2026; Antwort 01705-26/1 vom 08.06.2026 (BV 02.09.2026).

Foto: anaterate / Pixabay

KURZ GEFRAGT

Was unsere Anfragen ergeben haben

Ausländerbehörde digital

Einbürgerung geht online, Dokumente liegen bis 24 Uhr in einer Abholbox, die E-Akte für Einbürgerungen soll bis November 2026 kommen. Bearbeitungszeiten nennt die Stadt nicht; Kennzahlen gibt es keine. Antwort vom 10.09.2026

Tierheim: 500.000 € für eine Datenbank?

So viel steht im Investitionsprogramm aus dem Sondervermögen. Auf unsere Frage: eine „vorsichtige Schätzung“, ohne vertiefte Markterkundung. Antwort zum Rat 26.03.2026

Noch offen

Wie viele ältere Menschen in Huckarde allein leben, wie viele Menschen dort wohnungslos sind und was an der Evinger Straße 216 für mehr Sicherheit getan wird – darauf warten wir noch. Anfragen Jan. und März 2026

Kleine Gruppe, faire Sitze

Bis März hatte das BSW in den Ausschüssen mit 21 Sitzen keinen einzigen Platz. Der Oberbürgermeister beanstandete die Ausschusswahl, weil sie den Rat nicht spiegelbildlich abbildete. Seit dem 26. März sind alle Ausschüsse mit 23 Sitzen neu gebildet. Seither haben wir fünf stimmberechtigte Sitze: Schule, Umwelt, Rechnungsprüfung, Personal und Digitalisierung, Wahlprüfung. Vorlagen 00618-25, 01227-26; Rat 26.03.2026, S. 18–30

Antwort 38131-25/4 (APOD 10.09.2026); Antwort 01041-26/4; Anfragen 00720-26, 00723-26 (BV Huckarde), 01188-26 (BV Eving).

WER WIR SIND

Thomas Zweier

Ratsmitglied, Gruppenvorsitzender · Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen

Ulrike Behrendt

Ratsmitglied · Schulausschuss · Beratendes Mitglied in der Bezirksvertretung Hombruch

Foto: Franziska Schmidt

Dazu kommen unsere sachkundigen Bürger in drei weiteren Ausschüssen und unsere Vertreter in sechs Bezirksvertretungen. **Schreib uns:** tzweier@stadtdo.de

Impressum
Herausgeber (Selbstverlag): BSW-Gruppe im Rat der Stadt Dortmund, Friedensplatz 1, 44135 Dortmund
Verantwortlicher Redakteur (V. i. S. d. P.): Thomas Zweier, Am Zippen 29, 44143 Dortmund
Druck: Druck-im-Pott.de, Inh. Markus Reinecker, Zum Ravenhorst 36, 46147 Oberhausen
Politische Werbung nach VO (EU) 2024/900. Sponsor: der Herausgeber, bezahlt aus den Zuwendungen der Stadt an die Gruppe. Transparenzbekanntmachung mit Kosten: dortmund.ratsblatt.de/transparenz/2026-001
KI-Einsatz: Texte und Gestaltung mit Unterstützung Künstlicher Intelligenz; verantwortlich für jede Aussage ist der V.i.S.d.P.
Fotos: Franziska Schmidt (S. 4); Symbolbilder Pixabay (Bru-nO, Helmut_Kroiss, kalhh, anaterate), keine KI-Bilder.

dortmund.ratsblatt.de
Alle Belege mit Fundstelle und diese Ausgabe als PDF.